

Bern, 1. Dezember 2012



Eidg. Finanzdepartement  
Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

## Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wir folgt wahrnehmen:

### **1 Grundsätzliche Bemerkungen**

Die SP Schweiz lehnt die vorgeschlagene Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) mit dem Ziel „einer ausgewogenen Paar- und Familienbesteuerung“ aus verschiedenen Gründen ab. Grundsätzlich setzt sich die SP – wie sie das bereits im Rahmen der Vernehmlassung 2007 zum Systementscheid bei der Ehepaarbesteuerung ausgeführt hat – für eine Individualbesteuerung ein, die zivilstandsunabhängig ausgestaltet ist und somit der sich wandelnden Gesellschaft der Schweiz mit neuen und wechselnden Haushaltsformen gerecht wird. Die Besteuerung der Familien soll aus Sicht der SP gesellschaftspolitisch neutral ausgestaltet sein. Nur so werden die permanenten Ausgleichs- und Korrekturversuche bei den Belastungsrelationen zwischen den verschiedenen Haushaltstypen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit endlich hinfällig. Zudem hat die Individualbesteuerung den stärksten Wachstumseffekt, weil sie Barrieren in der Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden am besten abbaut. Eine Korrektur der steuerlichen Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren muss für die SP darum über einen Wechsel zur Individualbesteuerung erfolgen.

Das nun vom Eidg. Finanzdepartement vorgeschlagene Vorgehen führt nun zwar dazu, dass einzelne bisher benachteiligte Gruppen von Steuerzahlenden künftig mehr

Steuergerechtigkeit erfahren, doch die gewählten Korrekturen führen nur zu neuen Ungleichbehandlungen, die für die SP so nicht akzeptabel sind. Es geht um gut bis sehr gut verdienende Ehepaare und Rentnerpaare, die nun hauptsächlich profitieren.

Es kommt hinzu, dass die Möglichkeit einer alternativen Berechnung der Steuerbelastung gekoppelt mit einer anschliessenden Berücksichtigung des günstigeren Steuerbetrags einen fragwürdigen Systembruch darstellt, der das bereits unübersichtliche Steuersystem noch weiter verkompliziert statt es – wie immer in Aussicht gestellt – zu vereinfachen. Zu guter Letzt ist für die SP zudem klar, dass sie eine Steuerrevision, die hauptsächlich Zweiverdienerehepaare und Rentnerehepaare mit höheren Einkommen zugute kommt, nicht gutheissen kann, wenn diese entweder Mindereinnahmen von 1 Milliarde Franken jährlich zur Folge hat oder mittels einer wenig sozialen Mehrwertsteuererhöhung gegenfinanziert werden soll. Ebenso wären bei der Gegenfinanzierungsvariante, die einen temporären Verzicht auf den Ausgleich der kalten Progression vorsieht, zumindest in den ersten Jahren massive Ausgabenkürzungen wohl unumgänglich.

## 2 Kommentar zu den wichtigsten Bestimmungen

Für die Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln verweisen wir auf die Antworten zum Fragebogen. (siehe Anhang)

Wir bitten Sie, sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat  
Präsident



Stefan Hostettler  
Stv. Generalsekretär